

Antrag 6: Politik(bewusst)sein

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	BDKJ Diözesanvorstand		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	A - Inhaltliche Anträge		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(82.051 %)	32
	Nein:	(10.256 %)	4
	Enthaltung:	(7.692 %)	3
	Gültige Stimmen:		39
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:		

Die BDKJ Diözesanversammlung möge beschließen:

- 1 Aufgrund des anstehenden Wahljahres 2021 verpflichtet sich der BDKJ-Diözesanverband
- 2 mit seinen Mitglieds- und Regionalverbänden dazu, Kinder, Jugendliche und junge
- 3 Erwachsene in unseren Strukturen zu befähigen, sich selbstständig über politische
- 4 Inhalte zu informieren und aktiv für ihre (politischen) Interessen einzutreten.
- 5 Um das politische und gesellschaftliche Engagement junger Menschen zu fördern und
- 6 auszubauen, werden wir in den kommenden Monaten jugendpolitische Themen und
- 7 Angebote
- 8 zum Kennenlernen politischer Arbeit in neue Aktionen und in bestehende Elemente
- 9 unserer Jugendarbeit einbauen und vorhandene jugendpolitische Strukturen stärken.
- 10 Hierbei soll bei der Zielgruppe ein Verständnis von Demokratie erzeugt werden,
- 11 welches nicht parteigebunden ist und zu eigenem Engagement im Hinblick auf die Wahl
- 12 motiviert. Gleichzeitig ermöglichen Aktionen, Gespräche oder das Kandidieren junger
- 13 Verbandler*innen, unserer Jugendverbandsarbeit die Parteien mit der Lebenswelt Jugend
- zu konfrontieren und sie zukünftig mehr einzubinden.

Begründung

Wir verfolgen als Jugendverbände das Ziel, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen in politische Prozesse einbezogen werden. In Niedersachsen haben wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im §36 des Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) festgelegt. Kindern und Jugendlichen sollen hiernach von der (Samt-)Gemeinde, in der sie leben, bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt werden. Ebenfalls werden die (Samt-)Gemeinden dazu angewiesen, ein geeignetes Verfahren zu entwickeln, um die Beteiligung junger Menschen durchzuführen. Aus der Praxis wissen wir, dass diese politische Beteiligung nur dann gelingt, wenn Kindern und Jugendlichen lebensweltorientiert vermittelt wird, welche Bedeutung politische Prozesse besitzen und gleichzeitig den Mandatsträger*innen ein Zugang auf Augenhöhe zu der Zielgruppe möglich ist. Die Sensibilisierung und Schaffung von Begegnungen zwischen Politik und jungen Menschen wollen wir 2021 ermöglichen.

Für die kommende Kommunal- und Bundestagswahl möchten wir junge Menschen nicht nur dazu aufrufen zur Wahl zu gehen, sondern sie ebenso dazu ermutigen, sich selber politisch zu beteiligen in den unterschiedlichsten Formen - von alltäglichen Gesprächen über politische Themen bis hin zur eigenen Kandidatur für ein Amt. Der Zeitraum vor und nach einer Wahl eignet sich besonders, um jungen Menschen aufzuzeigen, welche Bedeutung Politik in ihrem täglichen Leben hat und dass es wichtig ist, sich mit ihr auseinanderzusetzen.

Durch bekannte Aktionen wie die U18 Wahl, die „Feierabendbrote“ oder Podiumsdiskussionen, entsteht ein erster Kontakt zu politischen Themen, Strukturen und Politiker*innen. Wir wollen zusätzlich dazu ermutigen, sich als Jugendverband mit weiteren Formen aktiver politischer Beteiligung auseinanderzusetzen:

- Beteiligung an Unterschriftenaktionen;
- Engagement in Umwelt-, Menschenrechts- oder Selbsthilfegruppen;
- Teilnahme an einer Versammlung oder Demonstration;
- Verfassen von Leserbriefen;
- Austausch mit Abgeordneten per Brief/E-Mail/in ihrer Sprechstunde;
- Eingabe von Petitionen an die zuständigen Parlamente;

-...

Wahlen bleiben die einfachste Form demokratischer Beteiligung. Alle anderen Arten von Partizipation sind mit einem deutlich höheren Aufwand verbunden. Da es innerhalb der Jugendverbandsarbeit viele motivierte junge Leute gibt, sehen wir hier Potenzial, Werbung für mehr Engagement von jungen Menschen für die politische Arbeit zu machen. Die Kampagne „Verantwortung – Politik braucht junge Leute“ der Arbeitsgemeinschaft Politik und Gesellschaft der Katholischen Landjugendbewegung im Bistum Osnabrück versucht beispielsweise zu den Kommunalwahlen 30 Personen unter 30 Jahren zu einer Kandidatur zu bewegen. Um die Lebenswelt junger Menschen in der Politik zu berücksichtigen und sie auch auf Mandatsebene zu vertreten, ist es wichtig, dass Entscheidungsträger*innen in den politischen Gremien auch junge Menschen sind.